

1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit
Ausgabe vom 1. Mai 2023

P.P.
CH-5001
Aarau
Post CH AG



Programme 1. Maifeiern 2023

Aarau | Lenzburg | Schöftland | Zofingen __ Seite 6

Baden | Brugg | Bremgarten | Rheinfelden __ Seite 7

Zum 1. Mai _____ Seite 2

Wir gehen auf die Strasse

– aus guten Gründen _____ Seite 3

Faire Löhne und weniger Stress

am Arbeitsplatz _____ Seite 4

BVG-Zwieback _____ Seite 5

- Zur OECD-Mindeststeuer

- Solidarität leben _____ Seite 8

Auf die Strassen,

Feminist*innen! _____ Seite 9

Zusammen die Klimawende

schaffen _____ Seite 10

Vom Wert der Arbeit _____ Seite 11

Inserate _____ Seite 12

Zum 1. Mai

Die Kaufkraft der Bevölkerung bleibt auch diesen Frühling für die Gewerkschaftsbewegung ein zentrales Thema, nicht zuletzt bedingt durch die Energiekrise in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Und auch im internationalen Kontext ist neben der Solidarität mit der Bevölkerung der Ukraine die Kaufkraft der Arbeitnehmenden ein zentrales Thema.

Gleichzeitig stehen die Gewerkschaften und die feministische Bewegung sechs Wochen vor dem geplanten feministischen Streik vom 14. Juni mitten in der heissen Mobilisierungsphase. Die Gleichstellungsfrage und die Mobilisierung für den feministischen Streik sind für die Gewerkschaften und die Arbeiter*innenbewegung prioritär, nicht zuletzt da dieses Jahr der Streikfokus auf den Betrieben liegen soll. Der diesjährige 1. Mai-Slogan «Mehr Lohn.

Mehr Rente Gleichstellung jetzt!» verbindet damit traditionell zentrale inhaltliche Schwerpunkte der Arbeiter*innenbewegung, nämlich die Gleichstellungsfrage einerseits und den Einkommensfokus (Löhne und Renten) andererseits im Rahmen einer allgemeinen Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit: Ohne anständige Löhne, Renten und Arbeitsbedingungen ist diese Verteilungsgerechtigkeit genauso wenig zu haben wie ohne die längst fällige Einlösung des Versprechens echter Gleichstellung von Mann und Frau.

Wie zentral die Frage der Verteilungsgerechtigkeit für die Arbeitnehmenden ist, zeigt aktuell der Fall Credit Suisse. Während Bund und Nationalbank die Über-

1. Mai
2023

Mehr Lohn.
Mehr Rente.
Gleichstellung jetzt!



nahme der CS durch die UBS mit hunderten Milliarden Franken absichern – davon neun Milliarden Steuergelder –, müssen die Angestellten selbst um ihre Arbeitsplätze und für ihre Rechte kämpfen, unterstützt von ihrer Gewerkschaft und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Sie haben pflichtbewusst ihre Arbeit gemacht und das Land am Laufen gehalten, während sich ihre Chefs mit den Millionenälären schon lange abgesetzt haben. Der Bundesrat wird der Bevölkerung vermitteln müssen, dass man die UBS und die CS unterstützt und gleichzeitig bei den AHV-Renten sparen will, die Renten der 2. Säule senkt und bei den Prämienverbilligungen knausert.

WWW.FEST-DER-SOLIDARITAET.CH

FEST DER SOLIDARITÄT 24.6.2023 • ARBEITERSTRANDBAD TENNLI



MIA JENNI



ELISABETH
BAUME-SCHNEIDER



PAUL RECHSTEINER

REDEN AB 18 UHR

AB 16:00 UHR ESSEN & BARBETRIEB
DAZWISCHEN SATIRISCHE EINLAGEN VON

REINATO KAISER & MUSIK

Wir gehen auf die Strasse – aus guten Gründen!

Aufruf zum Tag der Arbeit

«Mehr Lohn. Mehr Rente. Gleichstellung jetzt!» ist der diesjährige Slogan des 1. Mai in der Schweiz. Er tönt wie ein Potpourri aus den Slogans der letzten Jahre. Ein wenig langweilig, hat sich wohl die eine oder andere gedacht, als der SGB dieses Jahr den Slogan bekannt gab. Noch immer die alte Leier?

Die Teuerung steigt, die Löhne nicht

In vielen Betrieben, Institutionen und Kantonen gingen wir als Gewerkschaften mit hohen, berechtigten Forderungen in die Lohnverhandlungen. Die Preise steigen, die Krankenkassen, die Mieten, die Lebenshaltungskosten. Und zwar massiv. Die Teuerung steigt seit dem letzten Jahr wieder, wie schon seit mindestens einem Jahrzehnt nicht mehr. Um den Kaufkraftverlust auszugleichen, braucht es für alle Arbeitnehmenden einen Teuerungsausgleich. Klar, oder? Doch, man reibt sich die Augen. Die meisten Arbeitgebenden wollten nichts davon wissen. So starteten viele Arbeitnehmende dieses Jahr mit nicht oder unzureichend erhöhten Löhnen. Es macht sich Unsicherheit breit. Wird man die nächste Miete zahlen können? Wie entwickeln sich die Preise für Strom, Gas und Lebensmittel? Wieder einmal müssen die Arbeitnehmenden den Gürtel enger schnallen. Die Unternehmen schreiben munter schwarze Zahlen, auch Städte und Kantone melden «überraschend» hohe Gewinne. Dies, nachdem wieder einmal zu pessimistisch budgetiert wurde. Auch im Kanton Aargau. Die Zeche zahlt die Bevölkerung, gerade auch die schwächsten Bevölkerungsgruppen. Für faire Löhne für alle Arbeiter*innen müssen wir auf die Strasse.

Altersvorsorge: Abbau abwehren!

Für die Gewerkschaftsbewegung war die knapp verlorene Abstimmung zur

Reform AHV 21 vom letzten Herbst bitter. Nun kommt der nächste Schlag: Mit der vom Parlament kürzlich verabschiedeten Reform BVG 21 zahlen Versicherten



Silvia Dell'Aquila
Präsidentin Aargauischer Gewerkschaftsbund, Grossrätin

ten mehr für tiefere Renten. Während der Vorschlag der Sozialpartner*innen, welcher vom Bundesrat übernommen wurde, das BVG modernisiert, die Renten stabilisiert und jene von Teilzeitbeschäftigten und Arbeitnehmenden mit tiefen Einkommen umgehend verbessert hätte, hat das Parlament die Vorlage so verändert, dass sie für alle Arbeitnehmenden zu einem teuren und willkürlichen Abbauprojekt wird. Dagegen müssen wir uns wehren und ergreifen das Referendum. Für eine gute Altersvorsorge für alle Arbeiter*innen müssen wir auf die Strasse.

Ein weiterer Feministischer Streik: nötiger denn je!

Im Jahr 2019 ging eine halbe Million Menschen in der Schweiz für Gleichstellung auf die Strasse. Viel hat sich seither nicht geändert. Auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen setzen sich Gewerkschaften, linke Parteien und weitere Organisationen ein und fordern Massnahmen zur Beseitigung von Ungleichheiten in der Berufswelt, Familie und Gesellschaft. Doch es passiert wenig bis nichts. Im Aargau lehnen Regierung und Parlament entsprechende Vorstösse ab, auch auf Bundesebene passiert wenig. Die wenigen Massnahmen sind so schwach und verwässert, dass sie keinen Fortschritt bewirken. Frauen* bekommen immer noch weniger Lohn und tiefere Renten. Sie übernehmen mehr unbezahlte Arbeit. Und sie sind mit Diskriminierungen und Belästigungen konfrontiert. Wir fordern Massnahmen zur Bekämpfung von Lohnungleichheit sowie Fachstellen, welche die Gleichstellung der Geschlechter, die Diversität in der Gesellschaft und den

Schutz vor Diskriminierung fördern. Wir fordern bessere Renten, flächendeckende Kinderbetreuung für alle, kürzere Arbeitszeiten, Massnahmen gegen Sexismus, Diskriminierung und Gewalt, sei es am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum oder in den eigenen vier Wänden. Für eine echte Gleichstellung müssen wir nicht nur zum Feministischen Streik am 14. Juni 2023 auf die Strasse.

Eine hohe Beteiligung an den Demonstrationen und Kundgebungen am diesjährigen Tag der Arbeit ist dringend nötig. Zusammen bilden wir eine starke Stimme für unsere Forderungen. Mehr denn je müssen wir auf die Strasse. Für mehr Lohn, bessere Renten und Gleichstellung – jetzt!

Impressum

Herausgeber:

- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region AG-NWS
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Bachstrasse 43, 5000 Aarau

Layout: Mira Meier, Baden

Umsetzung und Redaktion:

Andreas Ruf, Sekretär AGB, Aarau
Renato Mazzocco, Aarau

Druck:

Grafische Gesamtlösungen Bialek
5722 Gränichen / 062 822 88 88

Auflage: 17 000 Exemplare

Es braucht faire Löhne und weniger Stress am Arbeitsplatz

von Daniel Lampart

Nach zwei Jahren Corona-Krise hat sich die Lage für die Arbeitnehmenden endlich wieder aufgehellt. In den Lohnverhandlungen ist es in diversen Branchen gelungen, die Löhne anzuheben, in der Mehrheit auch wieder generell. Damit haben zahlreiche langjährige Mitarbeitende endlich wieder mehr im Portemonnaie. Allerdings steigen die Löhne insgesamt zu wenig, um die Teuerung und den Lohnrückstand auszugleichen. Berufstätige mit unteren und mittleren Löhnen haben heute real weniger Lohn als 2016.

Dazu kommt, dass der Prämienschock bei den Krankenkassen mit 6.6 Prozent einmal mehr stärker ausfällt als die Lohn-erhöhungen und die Aufstockung der Prämienverbilligungen. Der Bundesrat hat bei der Einführung des KVG versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Prämien zahlen soll, was für eine Familie 4 bis 6 Prozent des Bruttoeinkommens wären. Weil Bund und Kantone diese Versprechen bei den Prämienverbilligungen nicht eingelöst haben, ist die Belastung heute zwei bis drei Mal höher.

Bessere Lage der Berufstätigen dank Gesamtarbeitsverträgen und Gewerkschaftsarbeit

Dank Gesamtarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen, gewerkschaftlichen Lohnkampagnen und flankierenden Massnahmen steht die Schweiz heute besser da als andere Länder. Trotz Frankenaufwertung und Lohndruck gelang es, die Tieflohnsituation zu entschärfen. Unsere Mindestlohnkampagne «Keine Löhne unter 4000 Franken» hat ihre Spuren hinterlassen. Weniger Menschen als noch vor 10 Jahren müssen heute zu einem Tieflohn arbeiten.



Daniel Lampart
SGB-Chefökonom und Sekretariatsleiter

Gute Gesamtarbeitsverträge und aktive Gewerkschaften sorgen weltweit dafür, dass die Löhne ausgeglichener verteilt werden, und verhindern Dumping und Lohndiskriminierung. Und weil GAV auch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und andere Vorteile enthalten, können sie zu besserer Arbeitsqualität und höherer Produktivität führen.

Vorwärts bei Löhnen und Arbeitszeitverkürzung

Aber es muss bei den Löhnen aufwärtsgehen. Ein Viertel aller Berufstätigen mit einer Lehre verdient weniger als 5'000 Franken im Monat. Und der Tieflohnsektor wächst in der reichen Schweiz sogar wieder. Rund 500'000 Berufstätige haben einen Lohn von weniger als 4'500 Franken pro Monat – bei einer Vollzeitstelle. Rund ein Drittel von ihnen hat einen Lehrabschluss. Offensichtlich garantiert auch eine drei- oder vierjährige Ausbildung keinen Schutz mehr vor Dumpinglöhnen. Nicht zuletzt verdienen Frauen immer noch 18 Prozent weniger als Männer. Die Hälfte von ihnen hat ein Monatseinkommen von weniger als 4'500 Franken (x12). Gleichzeitig greifen die Bürgerlichen die Arbeitsbedingungen an. Parlamentarische Vorstösse aus Arbeitgeber*innenkreisen wollen die Erholungs- und Ruhezeiten im Arbeitsgesetz verkürzen und mehr Nacht- und Sonntagsarbeit ermöglichen. Dabei geben selbst die Arbeitgebenden in Umfragen zu, dass bei ihnen lange und irreguläre Arbeitszeiten ein Gesundheitsrisiko darstellen – Tendenz steigend. Viele Berufstätige reduzieren daher ihr Arbeitspensum. Bis 1990 zahlten dies die Arbeitgebenden, indem sie die Arbeitszeit alle 10 Jahre um 1 bis 2 Stunden verkürzten

– bei gleichem Lohn. Seither müssen die Arbeitnehmenden Arbeitszeitverkürzungen selber bezahlen – mit Teilzeitarbeit und weniger Lohn.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen und Forderungen

Jetzt muss es für die Arbeitnehmenden aufwärtsgehen. Sie haben es verdient. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Lohn- und Einkommenspolitik. Auch bei den Arbeitszeiten braucht es eine Trendwende. Wir fordern deshalb:

- Realloohnerhöhungen, die der guten Wirtschaftslage Rechnung tragen, und die Wiedereinführung des automatischen Teuerungsausgleichs.
- Mindestens 5'000 Franken Monatslohn für Berufstätige mit Lehrabschluss und mindestens 4'500 Franken für alle.
- Die Aufwertung von Frauenberufen (Pflege u. a.), die nach wie vor schlechter bezahlt sind.
- Mehr Geld für die Prämienverbilligungen, auch mit Beteiligung der Arbeitgebenden.
- Beteiligung der Arbeitgebenden an den Arbeitszeitverkürzungen und genügend Personalressourcen zur Verhinderung von Stress.
- Planbare, familienfreundliche Arbeitszeiten (Einsatzplanung, Verteuerung von Überstunden u. a.).

BVG-Zwieback

von Irène Kälin

Ich stecke in der Zwickmühle – in doppelem Sinne. Zum einen, weil ich über ein komplexes Thema schreiben soll und will und muss, das so trocken ist wie Zwieback. Zum anderen, weil ich mich beim besten Willen nicht entscheiden kann, ob ich einen Kompromiss des Kompromisses als junge Frau mittragen kann oder muss oder will. Um es vorwegzunehmen: Können tut man immer, müssen natürlich nicht. Aber ich will nicht. Es ist genau wie mit Zwieback. Man kann ihn essen, man muss zum Glück nicht, aber Wollen geht bei Zwieback irgendwie nicht.

Wovon ich rede? Was lässt mich an Zwieback denken und worauf habe ich keine Lust? 2. Säule. BVG-Reform. Und dazu muss ich etwas ausholen.

Die 2. Säule steht vor grundlegenden Herausforderungen: Zum einen ist es aufgrund der tiefen Zinsen viel schwieriger geworden, Renditen zu erzielen. Zum anderen werden die Menschen in der Schweiz immer älter. Beides führt dazu, dass die Renten aus der beruflichen Vorsorge sinken. Zudem entspricht das gültige Gesetz nicht mehr den Entwicklungen in Gesellschaft und Arbeitswelt. Das führt zu grossen Vorsorgelücken, vor allem bei Personen mit tieferen Einkommen und bei Teilzeitbeschäftigten – also insbesondere bei Frauen. So weit, so unbestritten. Handlungsbedarf besteht.

Renten reichen nicht – vor allem für Frauen

Noch grundlegender ist ein anderes, aber eng damit verknüpft Problem. Renten reichen heute vielfach nicht mehr für ein würdevolles Leben im Alter. 300'000 Menschen in der Schweiz sind von Altersarmut betroffen, überwiegend Frauen. Was wenig überraschend ist, wenn man sich vor Augen führt, dass ein Drittel der Frauen keine oder eine sehr ungenügende BVG-Rente hat. Dazu kommt, dass die letzte AHV-Reform mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen zu Lasten der Frauen ging. Gleichstellungstechnisch stehen wir also in der Pflicht. Handlungsbedarf besteht.



Irène Kälin
Nationalrätin Grüne,
Präsidentin ArbeitAargau

Die Folge: BVG-Reform. Die Ziele waren: Renten sichern, Finanzierung stärken und eine Anpassung an heutige Arbeitsrealitäten, sprich eine bessere Absicherung von Teilzeitbeschäftigten. Die Senkung des

Umwandlungssatzes sollte also mit Rentenzuschlägen aufgefangen und abgedeckt werden. Streitpunkt: Für alle oder nur für wenige? Für eine Stärkung der Finanzierung sollten Arbeitnehmende und Arbeitgebende höhere Lohnbeiträge bezahlen. Streitfrage: Mehrheitlich zu Lasten der Arbeitnehmenden und da zu Lasten der Gutverdienenden oder jener mit kleineren Löhnen? Zur besseren Absicherung von Teilzeitbeschäftigten müssen der Koordinationsabzug sinken und die Eintrittsschwelle gesenkt werden. Soweit unbestritten. Bestritten: Soll der Koordinationsabzug halbiert werden oder ist ein prozentualer Koordinationsabzug zu bevorzugen? Wie soll die Eintrittsschwelle ausgestaltet werden?

Nicht mehr viel übrig

Das grosse Versprechen dabei: Endlich etwas für die Gleichstellung tun. Endlich der – vorwiegend weiblichen – Altersarmut entgegenwirken.

Aber: Nach drei Jahren Debatte um die Revision der 2. Säule stellt sich nun die Zwiebackfrage: Wie viel von diesem Versprechen ist noch übrig? Eine kurze Zeit sah es gut aus. Es gab einen sozialpartnerschaftlichen Vorschlag. Er sah umfassende Kompensationen für Menschen vor, die wenig Rente aus der 2. Säule erhalten. Finanziert durch eine neue Abgabe auf dem Lohn. Und weil Personen mit hohem Einkommen mehr daran hätten bezahlen müssen, hätte dieser Vorschlag eine erfreuliche Umverteilung ermöglicht. Davon hätten Frauen profitiert. Dieser Sozialpartner*innen-Kompromiss hätte das Versprechen eingelöst. Arbeitnehmende haben ihn unterstützt. Der Bundesrat hat ihn unterstützt. Und auch ich habe ihn unterstützt. Doch von dieser Kompensation ist nicht mehr viel übrig. Die bürgerliche Mehrheit des Parlaments hat den sozialpartnerschaftlichen

Kompromiss bewusst ausgeschlagen. Das spricht weder für die Kompromissfähigkeit des Parlaments noch für die nun auf dem Tisch liegende Vorlage.

Es bleibt ein Murks

Nun darf man einwenden, dass es ohne diese Reform aber trotzdem nicht besser wird. Denn der Handlungsbedarf ist ja da. Man muss auch zurecht einwenden, dass die Reform für junge Menschen und Menschen mit tiefem Einkommen nach wie vor eine gewisse Attraktivität hat, weil der Koordinationsabzug sinken soll und damit mehr und früher gespart werden kann. Und ja, das ist dringend nötig und richtig. Ebenfalls an sich gut ist, dass 15 Jahrgänge Rentenzuschläge erhalten sollen, um die Senkung des Umwandlungssatzes abzufedern. Aber die Renten sinken natürlich trotzdem. Es bleibt ein Murks. Und die Reichen wurden einmal mehr geschont.

Ich könnte also Gründe finden, diesen Zwieback essen zu können. Aber muss ich, nur weil andere glaubten, sie müssten keine Kompromisse machen? Nein. Und will ich? Ganz bestimmt nicht. Denn so sehr Handlungsbedarf besteht und so sehr die Vorlage noch immer ein paar Verbesserungen bringt, so sehr wäre es am Parlament gewesen, einen Kompromiss zu finden – zumal dieser auf dem Tisch lag. Den Preis bezahlen nun wieder die Arbeitnehmenden.

Die Vorlage bedeutet, dass man mehr bezahlt und weniger bekommt. Das mag zugespielt sein – falsch ist es nicht. Deshalb ist es sicher richtig, dass das Volk nun das letzte Wort sprechen kann. Und danach muss weitergedacht werden. Denn eine starke 1. Säule dient allen, eine 2. Säule – man kann es drehen und wenden – weniger. Die Frage ist: Wie wenigen? Und dies hat nicht nur mit dem Umlagerungsverfahren der AHV zu tun, bei der ich bezahle und meine Grossmutter eine Rente bekommt. Denn ein Franken in die AHV einbezahlt ergibt mehr Rente als ein Franken in die berufliche Vorsorge. Und während bei der AHV gerade einmal 26 Fr. Verwaltungskosten pro Kopf und pro Jahr entstehen, sind es in der BVG 1000 Fr. – Starker Zwieback!

1. Maifeiern 2023

Aarau

Holzmarkt (Graben), 17.00 – 20.30

Umzug ab Bahnhof 17.30 (Besammlung Bahnhof 17.15)
Ansprachen ab 18.00 von:



Mattea Meyer
Co-Präsidentin SP
Schweiz, Nationalrätin



Mia Jenni
Einwohnerrätin,
Nationalratskand.



Peppina Beeli
Dossierverantwortliche
Klimapolitik
Unia

Sponsoring: Coop Rechtsschutz

Rahmenprogramm ab 17.00

- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Musik mit **Telli Family** (Groovy 90's Reloaded)
- Poetry Slam von **Jeremy Chavez**



Moderation: **Lelia Hunziker** (Grossrätin / Nationalratskandidatin)
Organisation: 1. Mai-Komitee Aarau

Lenzburg

Metzplatz, 16.30 – 19.30

Ansprachen 17.00 / 17.30 / 18.00 von:



Daniel Bär
Nationalratskandidat



Stefanie Grob
Spokenword-Literatin



Cédric Wermuth
Co-Präsident SP
Schweiz, Nationalrat

Organisation: 1. Mai-Komitee Lenzburg

Rahmenprogramm 16.30 - 19.30

- Pasta-Festival
- Festwirtschaft und Glacé von Balu's Manufaktur
- Familienspiele
- Musik mit **Harter & Locher** (Jazz, Latin, Soul)



Moderation: **Gabi Lauper Richner**, Grossrätin SP, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg

Zofingen

Markthalle, 16.00 – 19.00

Ansprachen ab 16.30 von:



Cédric Wermuth
Co-Präsident SP
Schweiz, Nationalrat



Barbara Stocker Kalberer
Präs. Schweiz,
Hebammenverband,
Nationalratskandidatin



Rahmenprogramm / Festwirtschaft ab 15.00

- Risotto und Feines vom Grill (ab 16.00)
- Musik mit **Unfound** (Jazz, Soul, R&B, Pop)

Organisation und Moderation: 1. Mai-Komitee Bezirk Zofingen

SCHÖFTLAND

Waldhaus Moos,
Schöftland
16.00 – 20.00

Vorabendfeier! Sonntag, 30. April

Ansprachen ab 17.00 von:



Gabriela Suter
Nationalrätin, Ständeratskandidatin



Lucia Lanz
Nationalratskandidatin



Barbara Schirmer
(Hackbrett) und Carlo
Niederhauser (Cello)

Rahmenprogramm ab 16.00:

- Verpflegung vom Grill
- Musik «ZeitverLUST»

Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Kulm

Baden

Bahnhofplatz, 12.00 – 18.00

Umzug ab Unterer Bahnhofplatz 14.00

Ansprachen 13.00 / 13.40 / 15.00 von:



Gabriela Suter
Nationalrätin,
Ständeratskandi-
datin



**Feministisches
Streikkollektiv
Aargau**



Walter Angst
Gemeinderat Stadt
Zürich,
Mieter*innenverband

Rahmenprogramm 12.00 – 18.00

- Festwirtschaft
- Akkordeonmusik mit **Claudio Eckmann**
- 15.40 Poetry Slam von **Nele Kiessling**
- Musikalisches Rahmenprogramm mit **Naïma Bereté** (Indiesoul, Jazz, Reggae)



Organisation: 1. Mai-Komitee Baden – Bezirke Baden und Zurzach
Button à 5 Franken zur Unkostendeckung

Begrüssung: **Mia Jenni**, Präsidentin 1. Mai-Komitee Baden
Moderation: **Alain Burger** und **Simona Brizzi**, Grossratsmitglieder

Brugg

Forum Odeon, 18.30 – 20.00

Ansprachen ab 19.00 von:



Dieter Egli
Regierungsrat

Rahmenprogramm

- ab 18.30
Apéro im Forum Odeon
- 19.30
Poetry Slam von
Jeremy Chavez

Begrüssung und Moderation:
Luzia Capanni, und **Martin Brügger**,
Grossratsmitglieder, Kandidierende Nationalratswahlen

Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Brugg

Bremgarten

Zeughaus Schellenhausplatz
17.00 – 21.00

Ansprachen 18.00 / 18.30 / 19.00 / 20.00 von:



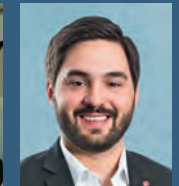
Stefan Dietrich
Co-Präsident SP
Aargau, Grossrat,
Nationalratskand.



Simona Brizzi
Grossrätin, National-
ratskandidatin



Colette Basler
Grossrätin, Natio-
nalsratskandidatin



Cédric Wermuth
Co-Präsident SP
Schweiz, Nationalrat

Rahmenprogramm ab 17.00

- Speiss und Trank / Kaffee und Kuchen
- Musikalisches Rahmenprogramm

Begrüssung und Moderation:
Sandro Covo, Präsident SP Bezirk Bremgarten
Organisation: SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

Rheinfelden

Rotes Haus, Habich-Dietschy-Strasse 1 / 14.00 – 17.30

Vortagsfeier! Sonntag, 30. April

Ansprachen 14.30 / 15.00 / 15.30 / 16.00 / 16.30 von:



Silvia Dell'Aquila
Grossrätin, Präsi.
Aarg. Gewerkschafts-
bund



Ueli Mäder
Soziologe



Colette Basler
Grossrätin, Natio-
nalsratskandidatin



Tatjana Binggeli
Wissenschaftliche
Medizinerin, Natio-
nalsratskandidatin



Nora Langmoen
Co-Präsidentin
SP Aargau

Festbetrieb ab 14.00

- Getränke und Verpflegung
- **Amal:** Musik aus dem Balkan – unverstärkt stark

Moderation: 1. Mai-Komitee
Organisation: 1. Mai-Komitee Fricktal / SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg

OECD-Mindeststeuer: Nein zur Mogelpackung!

von Lelia Hunziker

Der internationale Steuerwettbewerb ist der perfekte Steigbügel für Steuerhinterziehung. Tiefsteuerparadiese wie Zug, Panama, Andorra und Cayman Island, liberale Bankengesetze und unkooperative Staaten locken. Anwaltskanzleien und Treuhandbüros überbieten sich in Kreativität, um Steuern zu optimieren und zu hinterziehen. Mit Briefkastenfirmen, komplizierten Eigentumsstrategien und verworrenen Strukturen gelingt es, mehr Profite in die eigene Tasche zu scheffeln, die Staaten zu prellen und vor allem: sich der gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen.

Steuerschummeleien – ein Kavaliersdelikt

Cum-Ex, Panama und Paradise Papers: die Steuerhinterziehung von Grosskonzernen und Superreichen hat eine lange Geschichte. Schummeln und Tricksen wird als Kavaliersdelikt der Reichen dargestellt, derer, die



Lelia Hunziker
Grossrätin

sich alles erlauben können, weil sie hart dafür geschuftet haben, weil die Welt für sie ein Selbstbedienungsladen ist. Rechtskonservativ

macht lieber Jagd auf Armutsbetroffene und spioniert diese mit Sozialdetektiv*innen aus. Vorstösse für zusätzliche Ressourcen bei den Steuerbehörden sind chancenlos.

Die OEDC-Steuerreform

Die OEDC-Steuerreform will den Steuerwettbewerb für grosse Unternehmen unterbinden und international mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Das hundertjährige internationale Steuersystem soll modernisiert und in die digitalisierte und globalisierte Aktualität gehievt werden. Multinationale Unternehmen sollen dort Steuern bezahlen, wo sie tätig sind. Die Verteilung soll gerechter werden und ein globaler Mindestsatz nicht unterschritten werden dürfen. So weit so gut. Das wäre eigentlich wunderbar.

Neoliberale Pervertierung

Eigentlich, denn die OECD hat die Rechnung nicht mit den pervertierten Fantasien der hiesigen, neoliberalen Donald Ducks gemacht. Die Reform verkommt zu einer Steuersenkungsorgie und einem Katalysator des Steuerwettbewerbes. Die Umsetzung in der Schweiz, wie sie vom Parlament beschlossen wurde, schwemmt einen Grossteil der Mehreinnahmen in wenige Kantone und wird dort wiederum für finanzielle Anreize an die Unternehmen verwendet. Trotz höherem Steuersatz vergrössert die Reform also die Ungleichheiten noch mehr. Die Bevölkerung geht leer aus. Dabei brauchen wir Geld, um die Kaufkraft zu stärken, für Prämienverbilligungen, für Kinderbetreuung, für Bildung, für das Gesundheitssystem.

Deshalb: Nein zur OECD-Mindeststeuer in der vorliegenden Form. Es braucht eine Erhöhung des Bundesanteils, damit sich der nationale, unsinnige Steuerwettbewerb mit dieser Reform nicht noch mehr verschärft.

Solidarität leben

von Cédric Wermuth

Dieses Jahr feiern wir den 175. Geburtstag der modernen Schweiz. 1848 wurde die Republik aus der Asche des Bürgerkrieges geboren. Als Folge der einzigen demokratischen Revolution auf dem Kontinent, die in diesen Jahren fortbestand. Klar, die Schweiz von 1848 war eine sehr unvollständige Demokratie. Vieles, worauf wir heute stolz sind, musste in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten erkämpft werden, fast immer mit der Arbeiter*innenbewegung an der Spitze: Die Volksrechte, das Proporzwahlrecht, das Ende der Diskriminierung der religiösen Minderheiten, die Sozialwerke, das Frauenstimmrecht. Und dennoch: Der Entscheid von 1848, die Republik zu gründen, war mutig. Es war ein Entscheid, mitten in einem von Krise und Krieg zerrissenen Europa Partei zu ergreifen für die richtige Seite der Geschichte und Verantwortung zu übernehmen für die Zukunft. Damals verstand es die grösste Partei des Landes, die Liberalen, als ihre Pflicht, auf diesem Weg voranzugehen. Was für ein Kontrast zu den heutigen Bürgerlichen.

In der Geschichte der Menschheit gibt es zwei Hauptstrategien, mit denen in Gesellschaften auf Krisen reagiert wird. Die erste Strategie ist jene, die meist die wirtschaftlichen und politischen Eliten anwenden. Es ist die Strategie, die Naomi Klein einmal die Schock-Strategie nannte. Der Versuch eben, die Krise auszunutzen, um schockartig die Ausbeutung von Natur und Menschen noch weiter voranzutreiben. Das haben wir in dieser Legislatur zum Beispiel dann erlebt, wenn die bürgerliche Mehrheit versucht hat, das Arbeitsrecht und den Sozialstaat anzugreifen oder Steuergeschenke für Grosskonzerne durchzuboxen. Diese Strategie kann man auch einfach Klassenkampf von oben nennen. Die zweite Strategie ist das, was Menschen intuitiv über alle Zeiten der Geschichten und in allen Systemen tun, wenn sie eine Krise oder Katastrophe trifft: Sich gegenseitig unterhacken, Netzwerke bilden, schauen,

dass niemand vergessen geht. Mit einem Wort: Solidarität leben.



Cédric Wermuth
Nationalrat, Co-Präsident
SP Schweiz

Genau diese Solidarität steht am Anfang der Arbeiter*innenbewegung, der feministischen Bewegung, der sozialdemokratischen Bewegungen, der ökologischen Bewegung. Sie waren es, die bereits 1918 im Generalstreik den Menschen Mut machten, gemeinsam aufzustehen und sich gegen den Klassenkampf von oben zu wehren. Für diese Solidarität steht der 1. Mai. Dafür, dass wir als Linke gemeinsam gegen jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung und Bevormundung kämpfen. Dafür, dass wir gewerkschaftliche, ökologische, queere feministische Kämpfe zusammenführen und gemeinsam voranbringen wollen. Gerade unsere Zeit der Krisen hat diese Solidarität bitter nötig. Es lebe der 1. Mai!

Auf die Strassen, Feminist*innen!

von Mia Jenni

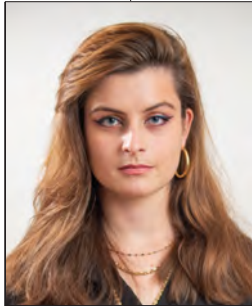
Mitte März verkündete der Aargauer Mitte-Regierungsrat und Finanzminister Markus Dieth erfreut, dass der Kanton Aargau das Jahr 2022 mit 116 Millionen Franken Gewinn abschloss. Budgetiert war ein Defizit. 2022 war das sechste Jahr mit positivem Rechnungsabschluss in Folge, was den Finanzminister über alle Backen strahlen liess.

Was Finanzminister Dieth allerdings geflissentlich verschwiegen, ist, dass diese Rechnung auch das Resultat von massiven Abbaumassnahmen in den Zehnerjahren ist. Der Kanton schafft Dienstleistungen ab und strich Gelder. Er vernachlässigte damit seinen Auftrag, als Kanton für seine Bevölkerung und die Natur zu sorgen. Klima, Geflüchtete, Sozialwesen und natürlich auch die Gleichstellung mussten unter dem Abbaukurs der Bürgerlichen leiden und müssen es auch heute noch, denn sechs Jahre Gewinn heisst offensichtlich noch lange nicht, dass wieder in die Gesellschaft investiert werden soll.

2018 demonstrierten wir Aargauer Feminist*innen in Aarau Strassen, weil die Fachstelle für Gleichstellung abgeschafft wurde. Dabei gibt es auch im Aargau keine Lohngleichheit, FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, trans und non-binäre Personen) machen nur einen Drittel des Grossrats aus und der Aargauer Regierungsrat ist seit Jahren ein rein männliches Gremium. Typische Care-Berufe sind chronisch unterbezahlt und nach wie vor stellen Kinderbetreuungsplätze für viele Familien einen finanziell untragbaren Aufwand dar, falls man überhaupt welche findet. Fakten, die schon lange bekannt sind und die spätestens nach der Ratifizierung des «Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)» durch die Schweiz im Jahr 1997 und schon durch die Einführung des Verfassungsartikels für die Gleichstellung von Frau und Mann vor über 40 Jahren beachtet werden müssen. Der Aargau macht aus dem «müssen» ein «müss-

ten» und weigert sich, dieser Pflicht nachzukommen. Das ist ein Skandal!

Der Kanton Aargau steht in der Pflicht, JETZT eine Fachstelle für Gleichstellung einzuführen und zu finanzieren. Er muss sich öffentlich dazu bekennen, diese auch in Krisenjahren weiter zu betreiben. Alles andere ist Hohn gegenüber allen Müttern, Grossmüttern und Töchtern, allen Schüler*innen und Arbeiter*innen, gegenüber allen non-binären und trans Personen.



Mia Jenni
ehem. Vizepräsidentin, JUSO Schweiz

Auch die zugenommenen Fälle häuslicher Gewalt im Aargau 2022, die im schlimmsten Fall mit Feminiziden enden, scheinen dem bürgerlichen Aargauer Parlament und der Regierung egal zu sein. Kein Rappen mehr wurde im Budget 2023 für die Bekämpfung dieses Anstiegs oder gar für eine Anlaufstelle für Opfer eingestellt. Und dies, obwohl die Schweiz 2014 die Istanbul-Konvention ratifiziert hat und sich somit dazu verpflichtete, häusliche Gewalt zu bekämpfen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Dazu würde gehören, dass für Betroffene genügend Schutzplätze zur Verfügung stehen. Die bittere Realität ist allerdings, dass in der Schweiz mehrere hundert Plätze für Opfer häuslicher Gewalt fehlen und Personen abgewiesen werden müssen.

Das Frauenhaus Aargau-Solothurn ist dieser heftigen Realität besonders stark ausgesetzt. Es hatte in den letzten Jahren eine durchschnittliche Auslastung von über 80%. Von einer Vollbelegung spricht man bei Frauenhäusern bei einer Auslastung ab 75%, weil nur so weiterhin Notaufnahmen gewährleistet werden können. Gleichzeitig ist unser Frauenhaus schweizweit das einzige, das subjektfinanziert ist. Das ist fatal! Erstens decken die Tarife die Kosten für eine Betreuung nicht und zweitens können so fortlaufende Kosten nicht finanziert werden.

Der Aargau muss sein Frauenhaus endlich mit einem Sockelbeitrag unterstüt-



zen und genügend Plätze für Schutzsuchende schaffen!

Wir Aargauer Feminist*innen haben die Nase gestrichen voll davon, dass unsere Anliegen derart ignoriert werden. Und genau deshalb rufen wir zum Feministischen Streik am 14. Juni 2023 auf. Die grosse Demonstration findet um 17:00 Uhr in Aarau statt! Kommt vorbei und kämpft mit uns!

Frau + AHV = Supergau

von Stefanie Grob

Ich wünsche mir, dass die Basler Pharmaindustrie in die Wandelhalle einfällt! Zwar macht mir Lobbying prinzipiell Angst, aber jetzt wäre es wirklich angezeigt, dass unter Parlamentarier*innen grosszügig Anti-Demenz-Pillen als Giveaways verteilt werden. Da hiess es im Herbst: «Frauen, stimmt der AHV-Alterserhöhung zu, die ist fair - geschraubt werden muss bei der Pensionskasse via BVG.» Aber nur Wochen später ist alles vergessen, die versprochenen höheren Frauenrenten sind nur noch schmierig-geplatze Seifenblasen.

Und klar, vorwiegend die links-grünen Frauen sind wütend. Und klar, vorwiegend die rechts-blöden Männer füllen die Kommentarspalten bei jeder Berichterstattung mit «Sollen die Frauen zuerst mal ins Militär! Das wäre dann noch Gleichstellung, hä!» Also mein Vorschlag zur Rettung der Renten (für alle!): Wer den Frauen auf Social Media zu ihrer Berufs- und Care-Arbeit-Mehrfachbelastung mit schlechterer bis keiner Bezahlung, noch Militärdienst an den Hals wünscht - 100 Franken Busse! Läck, würde das die Staatskasse füllen. Wir könnten mit Mitte 50 in Rente und ausserdem am 2. Mai in die 35-Stunden-Woche!



Foto: Andrea Zähler

Zusammen die Klimawende schaffen: rasch, sozial, nachhaltig!

von Peppina Beeli

Der sich zuspitzende Klimanotstand ist das Resultat einer ungezügelten, erdölbasierten Profitwirtschaft. Und er ist Ausdruck einer extremen Ungleichheit. Heute sind die reichsten 10 Prozent der Welt für über die Hälfte der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig trifft die Klimaerhitzung den ärmeren Teil der Bevölkerung umso mehr, zuvorderst in den Ländern des globalen Südens. Aber auch in der Schweiz sind es schlecht bezahlte Arbeitende,

die fernab von klimatisierten Büros zum Beispiel auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder im Gastgewerbe dem zunehmenden Extremwetter ausgesetzt sind – mit schwerwiegenden Folgen für ihre Gesundheit. Dauerhafte und intensive Hitzebelastung kann zu Hitzeerschöpfung führen, Arbeitsunfälle nehmen zu und erwiesenermassen hat die stärkere Sonneneinstrahlung die Hautkrebsrate bei Menschen, die draussen arbeiten, bereits erhöht. Dem Schutz der Menschen vor den Folgen der Klimaerhitzung gehört deswegen absolute Priorität. Für die Schweiz heisst das zum Beispiel, dass das Einstellen der Arbeit bei schlechtem Wetter besser geregelt und v.a. auch durchgesetzt werden muss. Dass die Beschäftigten ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, damit Termine eingehalten und Profite erzielt werden, ist nicht tragbar!

Gleichzeitig gilt es, der Klimakrise entgegenzutreten und die fatale Erhitzung des Planeten aufzuhalten. Die dafür notwendige Dekarbonisierung der Wirtschaft ist eine immense Herausforderung – und sie hängt untrennbar mit Fragen der Ausgestaltung von Arbeit und der Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen zusammen. Klimaleugner und -verharmloserinnen scheuen nicht davor zurück, Klimaschutzmassnahmen unter dem Vorwand schlecht zu reden, dass die arbeitende Bevölkerung darunter zu leiden hätte. Tatsächlich aber fürchten sie um ihre eigenen Profite. Denn es ist nicht nur notwendig, Klimapolitik sozialverträglich auszugestalten (alles andere ist sowieso zum Scheitern verurteilt), es ist

absolut auch möglich, sie mit sozialen Fortschritten zu verbinden – wir sprechen vom integrierten Projekt eines ökosozialen Umbaus.

Drei Eckpfeiler, auf die dieser ökosoziale Umbau zu stehen kommen kann, sind:

Nur ein starker Service Public kann den öko- sozialen Umbau bewerkstelligen

Einer Herausforderung von der Gröszenordnung der Klimaerhitzung kann nur mit beherrzten Investitionen begegnet werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und des öffentlichen Verkehrs oder die Sanierung unseres Gebäudeparks sind Projekte, die viel konsequenter verfolgt werden müssen, als dies bisher der Fall war. Sie können nicht dem Markt überlassen werden, denn dieser ist den Imperativen der Rentabilität unterworfen. Hingegen gilt es, die öffentliche Hand so auszustatten, dass sie diese Herausforderungen aktiv gestaltend und an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet angehen kann, im Sinne eines modernen Service Public. Und wer soll das alles bezahlen? Kurz: Es gilt das Verursacherprinzip. Multinationale Unternehmen und Vermögende müssen sich angemessen daran beteiligen.

Arbeits- und Bildungs- rechte für alle

Es gibt Branchen, die in einer dekarbonisierten Wirtschaft keine Zukunft haben, und solche, auf die wir in höchstem Masse angewiesen sind, um das «Netto-0»-Ziel zu erreichen. Grundsätzlich muss allen Beschäftigten, die negativ von der Transformation betroffen sind, eine klare und bezüglich Qualifikation, Arbeitsbedingungen und Bezahlung gleichwertige Job-Perspektive geboten werden, letztlich mit einer staatlichen Jobgarantie. In den «Chan-

cenberufen», beispielsweise in den Bereichen Gebäudesanierung oder erneuerbare Energien, sind massive Verbesserungen der Arbeitsbedingungen unumgänglich, um den gefragten Nachwuchs anzuziehen. Umschlungen für die einen, Weiterqualifikationen für die anderen: Bildung wird eine Schlüsselrolle spielen. Und klar ist: Es dürfen nicht die die Arbeitenden selbst sein, die dafür aufkommen müssen! Es braucht im Gegenteil einen Ausbau der Stipendien, insbesondere auch für die Deckung von Lebenshaltungskosten während der Phasen einer Weiterbildung oder Umschulung.

Mehr Zeit zum Leben

Vielleicht müssen wir aber auch nicht weitermolochen wie bisher. Schliesslich ist unsere Produktionsweise nicht nur schädlich für den Planeten, sondern die damit verbundenen Arbeitsverhältnisse sind auch ungesund für die Menschen. Global gesehen sind sie häufig sogar katastrophal. Aber auch in der Schweiz leidet unterdessen ein Drittel der Beschäftigten unter arbeitsbedingtem Stress, Tendenz steigend. Wenn bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft Arbeit verloren geht, dann ist eine Verkürzung der Arbeitszeiten – bei gleichbleibendem Lohn für die unteren und mittleren Einkommen – ein geeignetes Mittel, die verbleibende Arbeit gerecht zu verteilen. Und Studien zeigen: Wer weniger unter Zeitdruck steht, lebt ressourcenschonender und mit der gewonnenen Zeit kümmern sich die Menschen mehr um sich selbst, ihre Angehörigen oder sie wenden sich einem Ehrenamt zu. Sie haben «more time to care».

Die Zeit, um den ökosozialen Umbau zu bewerkstelligen, läuft ab. Mit dem Weckruf «Es ist fünf vor zwölf!» hat uns vor vier Jahren die Klimabewegung aus unserem Schlafwandel gerüttelt. Seither ist viel zu wenig passiert und die Temperaturen steigen weiter an. Es wird jetzt wieder Kämpfe brauchen, um die Klimawende rasch, sozial und erfolgreich auf den Weg zu bringen. Schliessen wir uns dafür zusammen!



Peppina Beeli
Dossierverantwortliche
Klimapolitik Unia

Vom Wert der Arbeit

von Urs Hofmann

Auf der ganzen Welt gibt es einen Tag der Arbeit. Seit über 130 Jahren. Aber nirgends, nicht einmal an der Wall Street, gibt es einen Tag des Kapitals. Der Tag der Arbeit war von Anfang an Sinnbild dafür, dass der Wert der Arbeit höher einstuft als der Wert des Geldes. Er bekräftigt den Anspruch der arbeitenden Menschen auf einen gerechten Anteil am von ihnen erschaffenen Mehrwert. Er ist Ausdruck der Forderung, dass ein menschliches Wirtschaftssystem Armut und Arbeitslosigkeit nie akzeptieren darf. Und er ist in seiner historischen Dimension ein Zeichen dafür, dass den Arbeitnehmenden nichts geschenkt wurde: Sie mussten immer wieder für ihre Rechte kämpfen. Nicht nur, aber vor allem auch am 1. Mai.

Der Tag der Arbeit als Tag der Freiheit

Ziel jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit war und ist es, den Menschen durch eine befriedigende Arbeit und gute Arbeitsbedingungen zu mehr Freiheit zu verhelfen, damit sie ihr Leben selbst gestalten und ohne übermässige ökonomische Zwänge ihren eigenen Weg zu ihrem Glück finden können. Deshalb setzen und setzen sich die Gewerkschaften stets für existenzsichernde Löhne und für einen starken Sozialstaat ein. Aus der Überzeugung, dass erst soziale Sicherheit Freiheit schafft.

Der Tag der Arbeit als Tag der Solidarität

Solidarität ist das Gegenteil von Egoismus. Wer gewerkschaftlich handelt und denkt, schaut nicht nur für seine eigenen, per-

sönlichen Interessen, sondern hat stets auch die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen im Auge. Deshalb ging und geht es am 1.

Mai immer auch um die Anliegen von Minderheiten sowie von Migrantinnen und Migranten. Der Tag der Arbeit ist auch der Tag der Rechte der anderen. Er ist immer auch ein Fest der Solidarität.

Der Tag der Arbeit als Tag der Gleichberechtigung

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann war und ist ein Kernanliegen des 1. Mai. Die

Forderungen nach politischer Partizipation, nach gleichen Bildungs- und Aufstiegschancen und der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit bilden seit mehr als 100 Jahren einen zentralen Bestandteil des Tags der Arbeit.

Der Tag der Arbeit als Tag des Danks

Vieles, worauf wir in der Schweiz heute stolz sind, musste erkämpft werden. Vom Verbot der Kinderarbeit, über Beschränkungen der täglichen Arbeitszeit, das Koalitionsrecht der Gewerkschaften, das Recht auf Ferien bis hin zu ausgebauten Gesamtarbeitsverträgen. Nichts von alledem wurde einfach angeboten, offeriert für gute, strenge Arbeit. Es waren mutige Frauen und Männer aus den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei und ihren Vorgängerorganisationen, die all diese Fortschritte erreicht haben. Häufig in jahrzehntelangen Kämpfen, verbunden mit persönlichen Entbehrungen und Risiken: Stellenverlust, Armut und auch Gefahren für

ihre Gesundheit oder gar ihr Leben, wie uns die Geschichte des Generalstreiks lehrt. Ihnen gebührt unser Dank.

Gleich verhält es sich mit den Errungenschaften unseres Sozialstaats. Die Einführung der AHV war 1918 eine der zentralen Forderungen des Generalstreiks. Eine staatliche Altersvorsorge wurde von der bürgerlichen Mehrheit immer wieder als überflüssig, unbezahlbar, sozialistisch verweigert. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die ersten Renten zur Auszahlung und minderten die Angst vor Armut im Alter. Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Mutterschaftsversicherung u.s.w.: Diesen Schutz vor existenziellen Lebensrisiken gibt es nur dank des unermüdlischen Einsatzes unzähliger Menschen am 1. Mai, in den Gewerkschaften, in der SP, an Demonstrationen, mit Unterschriftensammlungen, mit geschicktem und hartnäckigem Verhandeln in den Betrieben und in den Parlamenten. Auch die flankierenden Massnahmen gäbe es nicht, wenn nicht die Gewerkschaften durchgesetzt hätten, dass die Personenfreizügigkeit zwingend mit einem griffigen Lohnschutz verbunden sein muss.

Es wurde manches erreicht, und es bleibt noch viel zu tun. Den 1. Mai braucht es auch in Zukunft.



Urs Hofmann
Alt National- und Regierungsrat,
ehemaliger Präsident des
Aargauischen Gewerkschaftsbundes

Mehr für alle - jetzt!

von Amina Abdulkadir

Wer die Begriffe «Arbeit» und «Geschlecht» im Kopf kreisen lässt, kommt an Margaret Thatcher nicht vorbei. Ich will ehrlich sein: Ihr «Wenn du etwas gesagt haben willst, frage einen Mann; wenn du etwas erledigt haben willst, frage eine Frau.» lässt mich zuverlässig einen Wimpernschlag lang schmunzeln, doch mit jedem darauffolgenden Atemzug merke ich, wie problematisch meine Reaktion ist. Zurück also zu Thatcher: Ist Erledigen wertvoller als Sagen? Nicht für MILCK, die es in ein emanzipatorisches Mittel verwandelte. Wenn die Frau also sagt und damit erledigt; was kann der Mann erledigen, um damit zu sagen? Frei nach Kathleen Hanna: «Männer, für ein Mal in eurem Leben, geht zurück.» Meine Wimpern schlagen, mein Atem zieht und ich will wieder ehrlich sein: Anstelle eines Entweder-oder wünsche ich mir, dass wir dort nachhelfen, wo die Arbeitswelt unfair ist. Damit Nonbinäre, Transpersonen, Crossdressers, Cispersonen [alle halt, Anm. d. Verf.] bekommen, was ihnen zusteht. Langweilig zwar, aber überfällig.



Foto: Stefan Ganz



Auf der Sonnenseite des Hallwilersees

Geniessen Sie einen Baditag auf der grossen Liegewiese mit vielen Bäumen oder verköstigen Sie sich auf der Restaurantterrasse. Und am Abend können Sie auf unserem grossen Sonnendeck mit der langen Bank einen unvergesslichen Sonnenuntergang erleben.

Dank der modernen Gastronomie und dem zusätzlichen Kiosk können wir Sie umfassend bedienen. Ab 18 Uhr profitieren Sie von einem reduzierten Eintritt. Aktuelle Temperaturen finden Sie auf unserer Website.

Bitte Sommerprogramm beachten, z.B.

Lesung mit Wolfgang Bortlik (Bölke) am Do, 10.8. um 21.00 Uhr auf dem Sonnendeck.



tennwil.ch



instagram

WIR ERGREIFEN PARTEI.

FÜR DICH.
FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ.
FÜR UNSEREN PLANETEN.

Unsere Ständerätin
GABRIELA SUTER



Für alle Arbeiterinnen und Arbeiter.

UNIA 

Nach dem 1. Mai
Frauenstreik 14. Juni
www.ag-nws.unia.ch



...und tschüss

kalkor.ch
treuhand
aarau: +41 62 823 16
info@kalkor.ch



Die Gewerkschaft für die Branchen:
Post, Kurier-, Express-, Paketmarkt (KEP) und Logistik, Mail, Verkehr und Infrastruktur; Telecom, IT, Call Center, Telekommunikationsgewerbe, Grafische Industrie und Verpackung, Buch und Medienhandel, Presse und elektronische Medien, visuelle Kommunikation.

Stark, engagiert und kämpferisch

syndicom
Regionalsekretariat Olten
Hauptgasse 33, 4600 Olten

Tel.: 058 817 18 18
info@syndicom.ch
www.syndicom.ch



Gemeinsam mehr erreichen!

Jetzt VPOD-Mitglied werden!

agso.vpod.ch

